

Unser neuer Aussenminister

VON SANDRO BROTZ



Die Nachricht: Der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer bekommt nach seiner Drohung, deutsche Politiker als Steuersünder zu entlarven, grossen Beifall – aus Deutschland.

Der Kommentar: Sein Name ist Heer. Alfred Heer. Er ist kein 007, sondern der Mister Q der Zürcher SVP. Am liebsten entwickelt er Luftblasen. Mit einem einzigen Satz wurde Heer jetzt zum bekanntesten Schweizer in Deutschland: «Falls Deutschland gestohlene Bankdaten kauft, werden wir auf eine Gesetzesänderung hinarbeiten, dass sämtliche Schweizer Konten von deutschen Personen, die öffentliche Ämter bekleiden, offengelegt werden müssen.»

Eine klassische Drohung aus dem Hause Heer. Weil die «Bild»-Zeitung, in der er sich zitieren liess, die grösste Zeitung Deutschlands ist und Journalisten knackige Quotes lieben, rauschte die Drohung durch den Blätterwald. Selbst in die «New York Times» schaffte es Heer. Da spielt es denn auch keine Rolle mehr, dass aus Alfred ein Albert wurde. Beweise hat er selbstverständlich keine und Namen schon gar nicht. Auf Nachfrage fällt Heer gerade mal eine Jahreszahl ein: 1999 sei doch die CDU-Spendenaffäre gewesen. Der Ansatz aber, dass er deutsche Politiker als Steuersünder auffliegen lassen will, kommt an – beim deutschen Wähler jedenfalls. Heer wird mit Dankesmails überschwemmt.

Heer ist unser neuer Aussenminister, während Micheline Calmy-Rey lieber das macht, was sie eigentlich nicht gut kann: Sie schweigt. Im Gegensatz zu ihrer vorbildlichen Offensive im Nachgang zur Anti-Minarett-Initiative bleiben Calmy-Rey und ihre Kollegen in den deutschen Medien stumm. Kein Interview mit Finanzminister Hans-Rudolf Merz, kein Interview mit Bundespräsidentin Doris Leuthard, kein Interview mit dem Schweizer Botschafter in Berlin. Dafür erklären Heer, Roger Köppel und Ulrich Schlüer den Deutschen, wie wir Schweizer ticken.

Umgekehrt funktioniert die mediale Offensive bestens: Finanzminister Wolfgang Schäuble spricht in der «Tagesschau», sein Vorgänger Hans Eichel in der «Arena» und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle im «Sonntag». In Bundesbern heisst es, die Zeit für öffentliche Auftritte sei noch nicht reif. Die Wahrheit ist, dass eine Strategie fehlt. Und ohne Strategie fehlt auch die Botschaft. Es ist ein Lehrbeispiel an verpasster Krisenkommunikation.

sandro.brotz@sonntagonline.ch

Schuld sind immer die anderen

VON KATIA MURMANN



Die Nachricht: Vergangene Woche hat das Bistum Chur Anzeige gegen einen Mitarbeiter erstattet. Er soll eine Frau sexuell belästigt haben. Insgesamt hat die katholische Kirche in der Schweiz in den letzten 15 Jahren mehr als 60 Fälle von sexuellem Missbrauch untersucht.

Der Kommentar: Im Bistum Chur besteht der Verdacht, dass ein Kirchenmann eine Frau sexuell belästigt hat. Nach den jüngsten Vorfällen in Deutschland und Irland kommt die katholische Kirche so auch hierzulande negativ in die

Schlagzeilen. Man kann die beiden Fälle zwar kaum vergleichen, die schrecklichen Verbrechen in Deutschland wurden an Dutzenden Kindern begangen und jahrelang totgeschwiegen. In Chur geht es, soweit bekannt, um einen Einzelfall. Und doch zeigt sich, dass in der Schweiz Teile der katholischen Kirche ernsthaft bemüht sind, den Umgang mit Missbrauchsfällen zu verbessern.

So wurden in den letzten zehn Jahren in allen Bistümern Fachgremien eingesetzt, die sich mit sexuellen Übergriffen in der Kirche befassen. Die Fachgremien sind besetzt mit katholischen Würdenträgern, aber auch mit kirchenunabhängigen Psychologen und Juristen. Das verleiht den Gremien Unabhängigkeit und die nötige Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern. Die haben nun eine Anlaufstelle, bei der sie darauf vertrauen können, dass sie selbst und nicht der gute Ruf der Kirche an erster Stelle stehen – und dass zumindest die weltlichen Vertreter in den Gremien kein Interesse daran haben, den Fall hinter den Kirchenmauern zu vertuschen.

Diese Fachgremien sind ein Schritt in die richtige Richtung. Und doch bekämpfen sie nur die Symptome und nicht die Ursache des Übels. Prävention und die Enttabuisierung der Sexualität in der katholischen Kirche sind unabdingbar. Die Initiative dazu muss aus Rom kommen – doch dort gibt es leider nur wenig Zeichen dafür, dass in der herrschenden Altherrengarde ein Umdenken stattgefunden hat. Der Papst verurteilt Missbrauchsfälle zwar, schuld sind aber immer die anderen. Auch hält Benedikt XVI. trotzig daran fest, dass Kindsmisbrauch ausschliesslich durch die Glaubenskongregation untersucht werden darf. Diese Politik der Verschlussheit schürt Misstrauen. Mehr noch, sie behindert die Bemühungen derer, die sich ernsthaft dafür einsetzen, dass Sexualstraftäter in der Kirche keinen Platz finden. Vertrauen kann nur wachsen, wo mit offenen Karten gespielt wird. Das sollte der Papst endlich erkennen.

katia.murmann@sonntagonline.ch



Die SBB brauchen mehr Geld: Silvan Wegmann zur Woche.

Wenn das Stimmvolk die Lebenserwartung bestimmt

GASTBEITRAG VON STEPHAN WYSS*



Die Nachricht: Am 7. März stimmen wir über die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule auf 6,4 Prozent ab.

Der Kommentar: Wir Schweizer sind stolz auf unsere Demokratie. Bei uns hat der Volkssouverän das Sagen. Diese Staatsauffassung zementieren wir, indem wir über viele Themen abstimmen. So legen wir am 7. März die Höhe des Mindest-Umwandlungssatzes und damit die künftige Rendite unserer Pensionskassengelder sowie unsere Lebenserwartung fest. Die direkte Demokratie ist also perfekt geeignet, um Rendite und Lebenserwartung durch das Volk bestimmen zu lassen. Schöne heile Schweizer Vorsorgelandschaft!

Die Bundesobligationen warfen im Jahre 1985 bei Inkrafttreten des BVG 4,6 Prozent ab – heute noch 2 Prozent. Diese Tatsache wird ignoriert, denn «unsere Pensionskassen investieren ja nicht nur in Obligationen, sondern auch in rentable Aktien». Um die Renten zu finanzieren, müssen Pensionskassen in risikoreiche Anlagen investieren, denn mit risikoarmen Anlagen kann die notwendige Verzinsung der Rentenkapitalien nicht erzielt werden. In schlechten Jahren wird den Pensionskassen dann vorgeworfen, sie würden unsere Sparfranken verspekulieren.

Den heutigen Rentnern kann diese Situation (vorläufig) egal sein. Ihre Renten sind unkürzbar. Dies ist auch gut so. Vertrauen in ein sicheres Einkommen nach der Pensionierung ist ein hoch einzuschätzendes Gut. Wir Aktiven tragen aber die Anlagerisiken allein. Mehren sich mässige Anlagejahre, erhalten wir Aktiven kaum Zinsen. Diese fehlen uns bei der Pensionierung und bedeuten tiefere Altersrenten.

Unsere Pensionskassen verwalten rund 250 Milliarden Rentnerkapital und rund 300 Milliarden Aktivenkapital. Die Verzinsung des Rentnerkapitals mit den notwendigen 4,5 Prozent kostet gut 11 Milliarden jährlich. Der BVG-Mindestzinssatz für die Aktiven musste aufgrund der Realitäten an den Kapitalmärkten hingegen auf 2 Prozent reduziert werden. Für die Verzinsung des Aktivenkapitals mit ebenfalls 4,5 Prozent fehlen jährlich satte 7,5

Milliarden! Trotz diesem laufenden Zinsverzicht der Aktiven geht es unseren Pensionskassen auch nach einem der besten Anlagejahre seit 1985 nur mässig. Mich alarmiert dies.

Die Umverteilung betrifft die Vergangenheit und lässt sich nicht stoppen, da Renten nicht gekürzt werden sollen. Was sich aber eindämmen lässt, ist die künftige Umverteilung. Dies ist entscheidend für die Stabilität der 2. Säule, bei der nicht wie in der AHV ein Vertrag zwischen den Generationen existiert. Wie geht das? Der Umwandlungssatz für künftige Rentner muss an das tiefere Zinsniveau angepasst werden. Die Erwirtschaftung einer jährlichen Nettorendite von 4,5 Prozent ist – wenn überhaupt – nur mit hohen Anlagerisiken möglich. Zahlreiche Pensionskassen arbeiten deshalb bereits mit tieferen Umwandlungssätzen, diejenige der Stadt Zürich zum Beispiel mit 6,16 Prozent.

Neuerdings wird spekuliert, die Lebenserwartung werde aufgrund des Fastfood-Effekts, also des ungesunden Lebensstils, abnehmen. Sämtliche Untersuchungen zeigen aber das pure Gegenteil. Ich meine, man soll auf die Statistiken und nicht auf die Lebenserwartungsspekulanten hören. Auch dieser zweite wichtige Faktor für die korrekte Höhe des Umwandlungssatzes zeigt also in Richtung Reduktion.

Wegen der tiefen Inflation der letzten Dekade ist das verfassungsmässige Rentenziel von 60 Prozent des Lohns auch mit 6,4 Prozent erfüllt. Falls die Pensionskassen zusammen mit der AHV zu tiefe Leistungen versichern, dann muss die Finanzierung überprüft werden.

Aus diesen Gründen hoffe ich, dass das Schweizervolk weitsichtig dem klaren Beschluss unserer Parlamentarierinnen und Parlamentarier folgt und die Reduktion des Umwandlungssatzes annimmt. Die Abstimmung hat nichts mit der Rettungsaktion für die UBS oder den Managerboni zu tun. Lehnen wir die 6,4 Prozent ab, werden die Kosten der Umverteilung die Aktiven erdrücken und leider den Tabubruch von Rentenkürzungen aufs politische Parkett hieven.

* Leiter Vorsorgeberatung Zürich, Swisscanto Vorsorge AG, und Vorstandsmitglied der schweizerischen Kammer der Pensionskassenexperten